

Rohstoffsektor wird schrittweise angegangen

Die bundesrätliche Rohstoffpolitik zielt auf eine weitere Regulierung der Geschäfte mit Entwicklungsländern

Der Bundesrat will die Schweizer Standortvorteile im Rohstoffhandel sichern. Gleichzeitig sind Auflagen im ökologischen und sozialen Bereich geplant.

dsc. · Die Rohstoffpreise sind gesunken. Unternehmen wie der im Kanton Zug domizilierte Glencore-Konzern geraten in Schwierigkeiten. Doch politisch steht das Thema Rohstoffhandel weiterhin hoch im Kurs. So verlangt eine vom Parlament noch zu behandelnde Volksinitiative der Jungsozialisten massive Einschränkungen der Spekulation mit Nahrungsmittel-Rohstoffen. Die von zahlreichen Hilfswerken mitgetragene Konzernverantwortungsinitiative zielt auf eine Haftbarkeit für Schäden aus Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Missständen im Ausland.

Im nun publizierten Bericht zur Umsetzung von Massnahmen im Rohstoffsektor gibt sich der Bund allerdings besorgt über die wirtschaftliche Zukunft der Branche. Unsicherheiten gefährdeten die Standortattraktivität für jene international tätigen Unternehmen, die von Nichtregierungsorganisationen so oft kritisiert werden. Der Bundesrat nennt die offenen Fragen bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, der Unternehmenssteuerreform III oder wirtschaftliche Herausforderungen rund um die Frankenstärke. «Attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen» sind denn ein Ziel des Bundesrats. Die Einnahmen aus dem Transithandel mit Rohstoffen fielen 2014 laut dem Bericht im Vergleich zu den Vorjahren zwar leicht tiefer aus, betragen aber immer noch 25,2 Milliarden Franken, was rund 3,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts entspricht. Damit ist die Branche wichtiger als der Export von Finanzdienstleistungen.

Sorgfaltspflichten

Die nicht erst mit der Konzernverantwortungsinitiative aufgekommene Kritik an mangelnden Massnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen im Ausland will der Bund mit einem nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der entsprechenden Ruggie-Prinzipien der Uno begegnen. Ein solcher Massnahmeplan zur Förderung der Sorgfaltspflichten für Unternehmen stiess aber in einem ersten Entwurf im Frühling auf Kritik. In den nächsten Monaten soll eine neue Version präsentiert werden. Für den Rohstoffsektor wurde die Erarbeitung eigener Vorschriften lanciert. Eine Motion für eine neue Pflicht zur Sorgfaltsprüfung wurde vom Nationalrat jedoch knapp abgelehnt.

Klarheit über Steuern

Gemäss dem Prinzip internationaler Angleichung wurden bereits Meldevorgaben für ausserbörsliche Derivate beschlossen. Zudem hat der Bundesrat mittlerweile die Kompetenz, Handelslimiten im Einklang mit internationalen Bestimmungen einzuführen, um etwa den Markt manipulierende Rohstoffspekulationen mit Nahrungsmitteln einzudämmen. Gemäss dem neuen bundesrätlichen Bericht werden Unternehmen mit einem Umsatz über 750 Millionen Franken auch Auskunft über die Aufteilung der Gewinne und Steuern zwischen den einzelnen Tochtergesellschaften und internationalen Niederlassungen geben müssen. Ziel ist die «Eindämmung von Steuervermeidung». Gemäss den entsprechenden OECD-Empfehlungen wird es auch zu einem Austausch der entsprechenden Daten unter den Ländern kommen.

Auch bei der Offenlegung von Zahlungen an Regierungen zur Vermeidung von unrechtmässigen Bereicherungen ausländischer Regierungen ist der politische Prozess in vollem Gange. Im Rahmen der Aktienrechtsrevision schlägt der Bundesrat vor, Transparenzvorschriften analog den EU-Richtlinien für Rohstofffirmen einzuführen.

Im Rahmen von OECD-Richtlinien propagiert das Staatssekretariat für Wirtschaft, die Beachtung der Zulieferketten zu erhöhen. Eine Ausprägung dieser Tendenz ist die wachsende Vermarktung von «Fair-Trade»-Gold.

Nichtregierungsorganisationen wie Swissaid kritisieren, dass der Bundesrat keine «griffigen Gesetze» beschliesse. Dabei beständen gerade im Rohstoffbereich Lücken, etwa bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, so Swissaid.

Weiterer Bericht, Seite 25

Wirtschaft

Artikel 3 von 3 auf Seite 8

Zweiter Rohstoffbericht

Viel Aktivismus hinter den Kulissen, wenig Vorzeigbares

Der zweite Rohstoffbericht des Bundesrats, der gestern publiziert wurde, ist unspektakulär. Er zeugt in erster Linie vom emsigen Treiben hinter den Kulissen. Vertreter des Bundes bereisen im Ausland zahlreiche Konferenzen zum Thema, beteiligen sich an multilateralen Initiativen, koordinieren Anhörungen und organisieren Treffen zwischen Vertretern von Rohstofffirmen und entwicklungspolitischen Aktivisten (NGO).

Ob all dies als Erfolg zu werten ist, wird sich in Zukunft zeigen. Swissaid und die Erklärung von Bern werfen dem Bundesrat vor, sich verbindlichen Massnahmen gegenüber zu verweigern. Die drei federführenden Departemente Äusseres, Wirtschaft und Finanzen hingegen sehen Erfolge. Innert 16 Monaten seit dem ersten Bericht seien «weitere konkrete Fortschritte erzielt» worden. Ein paar Beispiele aus dem neuen Rohstoffbericht:

Korruption: Die Bestimmungen zur Bekämpfung von Geldwäscherei sind verschärft worden. Sie treten 2016 in Kraft und seien geeignet, Korruption im Rohstoffabbau und -handel zu bekämpfen. Ein Beispiel sei die neue Identifikation von Aktionären.

Transferpreise zwischen Ländern: Der Bundesrat sei bereit, im Rahmen der OECD die Steuertricks von internationalen Firmen einzudämmen (Beps-Plan).

Transparenz an Rohstoffmärkten: Am weitesten fortgeschritten sei die Initiative Joint Organisations Data Initiative Oil. Es geht um Preise von Rohöl. Die Schweiz liefere Daten pünktlich und vollständig, sie sei eine Musterschülerin.

Offenlegung Zahlungen: Die private Initiative Eiti zur Offenlegung von Zahlungen von Rohstofffirmen an Staaten hat neue Partner gewonnen.

Unternehmensverantwortung: Die als «Ruggie»-Strategie bekannt gewordenen UNO-Leitlinien für verantwortungsvolles Handeln, die auch Schweizer Konzerne betreffen, sollen in einen «Nationalen Aktionsplan» münden. Ein Mehrparteien-dialog sei lanciert worden, die Ideen «weit auseinanderliegend». Neben «Ruggie» sind im Bericht viele weitere Initiativen erwähnt.

Auffallend sind die zahlreichen Erwähnungen der NGO im Bericht. Offenbar sind sie häufiger Gast in Bundesbern. So heisst es, der «Dialog zwischen NGO, Unternehmen, Verbänden und Kantonen und Bundesstellen» sei «wesentlich verbessert» worden. Damit dürfte auch die Beisshemmung zugenommen haben.

Andreas Valda

(C) Tagesanzeiger. Alle Rechte vorbehalten.